

„Wachstum as usual“ wird es nicht mehr geben

Gastkommentar. Die Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik stellen sich anders, wenn die Verantwortlichen sich von der Wunschvorstellung verabschieden, dass mehr als ein Prozent Wachstum langfristig wieder möglich sein werden.

VON FRIEDRICH HINTERBERGER

Italien rutscht in die Deflation, die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal geschrumpft und wird 2014 nur um gut ein Prozent wachsen. Im Euroraum geht sich gerade einmal Nullwachstum aus, und in Österreich liegt die aktuelle Prognose bei 0,8 Prozent. Der Internationale Währungsfonds hat die Aussichten für die Weltwirtschaft gerade wieder einmal gedämpft und warnt vor einer neuen globalen Wirtschaftskrise.

Das Strohfeuer nach der Wirtschaftskrise von 2008 war kurz und ist dabei zu erlöschen. Politik und Wirtschaft stehen ratlos vor der Frage, wie es sich wieder entzünden und in ein „nachhaltiges“ im Sinn von lang anhaltendem Wachstum überführen lässt. Ob die Therapie in konsequentem Sparen oder – im Gegenteil – in steigenden Staatsausgaben gesehen wird, ist dabei eine Frage des wirtschaftstheoretischen Geschmacks. Beide Strategien führen nicht zum Ziel.

Wo liegt das Problem?

Aber wo liegt das Problem? Die Elektronikbranche ist im HD-Rausch, der Städtetourismus boomt, und die Nachfrage nach Immobilien übersteigt in vielen Bereichen das Angebot. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten vervielfacht. Von mageren Zeiten also keine Spur.

Nur in Prozent gerechnet wird der Zuwachs relativ zum gewachsenen Kuchen immer kleiner. Und die Treiber, die das Wachstum seit dem Zweiten Weltkrieg beflügelt haben, werden immer schwächer: Europa ist weitgehend gebaut, die Erwerbsbevölkerung schrumpft, natürliche Ressourcen sind knapp, immer mehr Konsumenten gesättigt, Exportmärkte in der Rezession, überschuldete Staaten sparen, und Investitionen werden unter diesen Bedingungen hinausgeschoben.

Die Folge: Die Wachstumsraten sind gering und werden in absehbarer Zeit auch nicht mehr wesentlich steigen. Davon sind immer mehr Experten überzeugt. Wir sollten also akzeptieren, dass „Wachstum as usual“ auf Dauer nicht durchhaltbar ist. Dann stellen sich Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik aber anders, als wenn man darauf vertraut, dass mehr als ein Prozent Wachstum langfristig wieder möglich wären.



Alle Politikbereiche – von der Wirtschaft über die Sozial- bis zur Umweltpolitik, Gesundheit, Bildung und Familienpolitik, Frauen, Entwicklungszusammenarbeit und Sicherheit –, all das muss und kann auch funktionieren, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst. Das ist die eigentliche Herausforderung, vor der das neue wirtschaftspolitische Regierungsteam Schelling/Mitterlehner/Mahrer heute steht.

Beginnen wir mit der größten Sorge der meisten Menschen: Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst, geht es darum, Arbeitsplätze auf alle, die einen Job suchen, zu verteilen. Das geht, wenn vor allem die heute besser verdienenden und meist über alle Maßen gestressten kürzer treten – sowohl was ihre Arbeitszeit als auch was die Intensität während der Arbeit, damit aber auch ihr Einkommen betrifft.

Kürzer arbeiten, weniger Lohn
Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich heißt diese bei den Gewerkschaften noch gar nicht populäre Perspektive. Sie wird von vielen gut verdienenden durchaus gutgeheißen und schafft so Platz

für Arbeit und Beschäftigung von Menschen, die heute vom AMS bezahlt werden oder bereits ganz aus dem Erwerbssystem hinausgefallen sind. Und: Sie steigert die Lebensqualität derer, die kürzer treten, durch mehr Freizeit und weniger Stress bei der Arbeit.

Das entlastet auch die Staatskassen, was umso bedeutsamer ist, als mit dem BIP auch die Steuereinnahmen nicht mehr stetig zunehmen. Was ist schon dabei, wenn ein Jahrzehntlang gut ausgebaute öffentlicher Sektor nicht ständig weiterwächst? Das erfordert dann auch eine offene und

DER AUTOR



Friedrich Hinterberger hat in Linz und Gießen Volkswirtschaftslehre studiert, leitet seit 15 Jahren das Sustainable Europe Research Institute (Seri) in Wien und forscht auch an der Wirtschaftsuni. Sein aktuelles Buch: „Wachstumswahn – was uns in die Krise führt und wie wir wieder herauskommen“ (mit Christine Ax). Er ist Mitglied im Vorstand des Austrian Chapter des Club of Rome.

[Privat]

ehrliche Diskussion über mögliche „Kürzungen“, um woanders neue Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Und es ermöglicht auch eine Umverteilung. Schließlich liegen seit Jahrzehnten fertig ausgearbeitete Vorschläge in den Schubladen sämtlicher Ministerien und Wirtschaftsforschungsinstitute, endlich die Steuerlast von Arbeit und Konsum auf Ressourcen und Vermögen zu verlagern. Es müsste einfach angegangen werden.

Schluss mit „Geiz ist geil“!

Gerade die Sozialpolitik ist gegenwärtig sehr vom Wachstum abhängig. Darauf zu vertrauen, dass die Konjunktur irgendwann wieder anspringt und alle Probleme löst, ist angesichts der immensen Strukturprobleme in den Bereichen Pensionen und Gesundheit besonders blauäugig. Wir werden angesichts der rasant steigenden Lebenserwartung nicht umhinkönnen, über unsere Lebensspanne hinweg länger zu arbeiten.

Das ist aber nur dann möglich, wenn wir uns im Erwerbsleben so gesund erhalten, dass wir sowohl die Arbeit im Alter als auch die idealerweise flexibel angelegte Zeit der Pension zufrieden genießen

können. Aber: Sind wir dann noch wettbewerbsfähig? Können wir uns das als kleines Land in einem Meer von wirtschaftlichen Haifischen überhaupt leisten?

Hier ist eine intelligente Re-Regionalisierung vonnöten, die uns unabhängiger macht von Exporten in alle Teile der Welt – nur um billig in Asien einkaufen zu können.

Lassen wir den Euro in der Region und beschäftigen hier nicht nur Landwirtschaft und Tourismus, sondern zunehmend wieder Gewerbe und Industrie, die uns mit hoch qualitativen, langlebigen und maßgeschneiderten Produkten versorgen kann. Dann müssen wir uns als Konsumenten aber auch von der gängigen „Geiz ist geil“-Mentalität verabschieden und die Leistung der heimischen Wirtschaft mit unserem Einkäufen honorieren.

Fokus auf den Mittelstand

Dazu braucht es schließlich auch ein Bankensystem, das wieder die reale Wirtschaft solidarisch mit dem nötigen Kapital versorgt, anstatt dahin zu gehen, wo man noch Wachstum vermutet, das sich früher oder später ohnehin nur als große Blase herausstellen wird. Hier muss Wirtschaftspolitik viel mehr Mittelstandspolitik werden, anstatt vor allem die Interessen großer kapitalmarktgetriebener Unternehmen zu befriedigen.

Jede Politik braucht Ziele und muss sich am Erreichen derselben messen lassen. Dass sich die Politik nicht mehr lang die hohen Wachstumsraten des BIPs an ihre Fahnen heften kann, für deren Erreichung sie auch in der Vergangenheit übrigens nur zu einem kleinen Teil selbst verantwortlich war, hat schon der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy verstanden und eine hochrangige, von zwei Nobelpreisträgern geleitete Kommission gebeten, neue „Indikatoren“ für den Fortschritt der Wirtschaft vorzuschlagen.

Selbst die EU-Kommission startete die Initiative „das BIP und mehr“, die dazu führen soll, neben der Wirtschaftsleistung auch den Ressourcenverbrauch und dasjenige zu bemessen, worum es letztlich jeder Politik als Ziel gehen sollte: unser aller Lebensqualität. Und diese muss auch ohne Wachstum erreichbar bleiben.

E-Mails an: debate@diepresse.com

PIZZICATO

Die Neue im Harem

Dies war gestern eine Sternstunde im Dasein des greisen Königs Abdullah ibn Abd al-Aziz Al Saud. Ein Höfling fächelte dem Herrscher mit einer unbekanntenen Zeitschrift Luft zu. Die kam aus Wien und war ein paar Tage unterwegs gewesen. „Lies vor“, befahl der Erhabene und zog zur Sicherheit seinen Krummdolch. Denn das Interview stammte von einer Ungläubigen – einer Frau!!! „In Österreich wird sie leider als Ulknudel gehandelt“, hauchte der Effendi und beugte gleich einmal den entblößten Hals. Aber siehe da, die grimmigen Züge des Despoten glätteten sich immer mehr: „Ich war angenehm überrascht“, übersetzte der Effendi ins Arabische, was die österreichische Plaudertasche über den Besuch in Saudiarabien zu erzählen wusste. Die schwarze Ganzkörperhülle? „Ich muss sagen: Die ist praktisch.“ Der Herrscher kicherte vergnügt wie seit Jahren nicht mehr. „Es kommt noch besser, Erhabener“, glückte der Effendi: Dass heuer auf dem Marktplatz schon sechzig Deliquenten geköpft wurden, sei zwar richtig, merkte die Kurzzeitjustizministerin von Österreich an, aber „das ist nicht jeden Freitag“. Abdullah der Prachtige gebot seinem Diener: „Diese duftende Blume muss in meinen Harem, du weißt, was zu tun ist.“ Vier rassige Kamele, die Abfindung für den Ehemann, sind angeblich schon per Jumbojet auf dem Weg nach Österreich. (hws)

Reaktionen an: hans-werner.scheidl@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Man sollte die Anrainer vorher ins Boot holen!

„Angst vor Suchtzentrum“, von Christine Imlinger, 16. 10. Auch wenn mich nicht die Angst oder die Dämonisierung vor der Drogenberatungsstelle dazu treibt, so möchte ich doch mein Unverständnis und meinen Ärger über die Vorgangsweise der Verantwortlichen zum Ausdruck bringen.

Mit einiger Überheblichkeit werden hier Tatsachen geschaffen, die jeglichen gesunden Menschenverstand vermissen lassen. Hilfe für Menschen mit Suchtproblemen: ja! Nur sollten die Anrainer doch vorher ins Boot geholt werden! Und wenn es wirklich keinerlei Probleme mit der Klientel geben soll, warum musste dann ein Jahr lang

der passende Standort gesucht werden? Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, sieht die vielen leer stehenden Geschäftslokale, z. B. auch in den Stadtbahnbögen.

Warum die Nussdorferstraße der beste Platz sein soll – das muss mir erst jemand erklären!
Birgit Opferkuch, (Anrainerin), 1090 Wien

Ein Lokführer hat mehr Verantwortung

„Wer Neid sät, wird Berufspolitiker ernten“, Leitartikel von Philipp Aichinger, 13. 10.

Ich denke, dass ein zentraler Aspekt stets außer Acht gelassen wird, nämlich jener der Verantwortung. Wird ein Bundeskanzler, ein Minister, ein Nationalrat nicht auch deshalb gut entlohnt, weil sie, wie immer argumentiert wird, ein großes Maß an Verantwortung für ihr Tun haben? Aber nüchtern betrachtet: Welche tatsächlich auch gesetzlich einforderebare Verantwortung für ihr Handeln/Nicht-handeln haben unsere politischen Vertreter? Haben Fehl-/Minder-

leistungen auch tatsächlich persönliche Konsequenzen für unsere Politiker? Ich fürchte, dass die Konsequenzen im Regelfall immer der Steuerzahler zu tragen hat. Ich wage sogar zu behaupten, dass ein Arzt, ein Lokführer, ein Elektriker mehr persönliche Verantwortung für ihre tägliche Arbeit haben als unsere politischen Vertreter!
Walter Ströbl, 2630 Ternitz

Symbolischer Rauch

„Stadt statt Hypo“, von Harald Gründl, Spectrum, 18. 10.

Warum mussten bei dieser Vielzahl von guten Ideen immerhin siebzig Tonnen Beton verwendet werden, um unter anderem hundert Meter hohe Holzwolkenkratzer darzustellen? Wäre es nicht nachhaltiger und symbolträchtiger gewesen, alles aus Holz zu bauen und dieses in den Feuerkörben des Christkindlmarktes zu verbrennen, da sich doch in unserem seligen Söhnetöchter-Land immer wieder gute Ideen in Rauch auflösen.

Dr. Josef Koch, 2130 Mistelbach